

## INHALT

1. Editorial zum Themenschwerpunkt Lohn
2. Die Lohnproblematik in der Schweiz
  - Stagnation der Reallöhne
  - Relationale Lohnentwicklung: Lohnquote und Verteilungsbilanz
  - Einkommensverteilung „innerhalb der Klasse“
3. Theoretisches zur Lohnform
  - Lohnmystifikation bei Marx
  - Das Problem der Mess- und Zurechenbarkeit der Arbeitsproduktivität
  - Solidarische Lohnpolitik
4. Denkipulse
5. Termine

## 1. Editorial

Liebes Denknetz-Mitglied, sehr geehrte LeserInnen,

Die Stimmung scheint derzeit bestens. Der Sommer kam spät, aber mit Gewalt und die anhaltende Konjunkturbelebung hat allen Unkenrufen zum Trotz (jobless growth!) nun auch den Arbeitsmarkt erreicht. Das Staatsekretariat für Wirtschaft, Seco meldet für Juni 2006 eine saisonbereinigte Arbeitslosenquote von „nur“ 3,3 Prozent (<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/news/m edienmitteilungen.Document.79190.html>) und nicht wenige prognostizieren bereits die baldige Rückkehr der Vollbeschäftigung.

Gewiss sind wir gut beraten, die Zahlen kritisch zu betrachten. Statistische Probleme, aber auch sozio-ökonomische Entwicklungen wie die Zunahme von Scheinselbständigkeiten verweisen darauf, dass ein Rückgang der Arbeitslosenquote nicht zwingend auch mit einer Zunahme an Beschäftigung einhergeht und dass die „versteckte Arbeitslosigkeit“ sogar wachsen kann (vgl. Hans Schäppi, in: Erwin Carigiet, Ueli Mäder, Michael Opielka, Frank Schulz-Nieswandt (Hrsg.): Wohlstand durch Gerechtigkeit. Deutschland und die Schweiz im sozialpolitischen Vergleich, Rotpunktverlag, Zürich 2006, S. 204-214)

Doch auch im Falle eines „echten“ Rückgangs der Arbeitslosigkeit besteht kein Grund zur Entwarnung, wie dies der feuilletonistische Zeitgeist nahelegt. Die TeilnehmerInnen der gut besuchten Denknetz-Tagung diskutierten kürzlich in Bern, weshalb „Arbeit für alle“ kein hinreichendes Kriterium einer gerechten Gesellschaft sein kann. Es geht ebenso um die Qualität der Arbeit, eben um „Gute Arbeit für Alle“ (vgl. die Thesen sowie das Online Forum, das für Ihre Kommentare geöffnet ist <http://www.denknetz-online.ch/index.php?showforum=130>).

Ein zentraler Aspekt guter Arbeit ist zunächst einmal ihre angemessene Entlohnung. Der Lohn soll die materielle Existenz des Menschen sichern. Jedoch nicht nur: Eine angemessene Entlohnung ist auch die Voraussetzung für eine Reihe nicht-materieller Bedürfnisse, was allzu gerne vergessen wird. Ein guter Lohn ermöglicht eben nicht nur die Befriedigung von Konsumbedürfnissen, sondern kann auch die Verfügung über mehr Zeit bedeuten, die zur persönlichen Weiterentwicklung benötigt wird.

Wie weit „Arbeit“ heute von diesem Kriterium „guter Arbeit“ entfernt ist zeigen die Daten von Ländern, die wie die USA nahezu „vollbeschäftigt“ sind. Auch in der Schweiz gibt es bezüglich der Lohnfrage erhebliche Problembestände, und so greift der Themenschwerpunkt des vorliegenden Infobriefes frühere Denknetz-Debatten wieder auf. (Vgl. Denknetz-Tagung von 2005 zum Thema Mindestlöhne, <http://www.denknetz-online.ch/index.php?showforum=121>).

## 2. Die Lohnproblematik in der Schweiz

Lange Zeit galten im In- und Ausland die Löhne in der Schweiz als relativ komfortabel, ein Umstand der die Verdrängung problematischer Entwicklungen aus der öffentlichen Wahrnehmung begünstigte. ([http://de.bluewin.ch/news/finance/analysen/economic\\_briefing/pdf/briefing37.pdf](http://de.bluewin.ch/news/finance/analysen/economic_briefing/pdf/briefing37.pdf)). In den letzten Jahren mussten Gewerkschaften und Sozialwissenschaftler dieses Bild korrigieren und auf die Existenz von Niedriglohngruppen, eine wachsende Zahl arbeitender Armen (Working Poor), eine seit den 1990er Jahren existierende Stagnation der allgemeinen Lohnentwicklung sowie das geschlechtsspezifische Lohngefälle hinweisen. Wie wird die aktuelle Entwicklung aus der gewerkschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Perspektive beschrieben?





<http://www.s-gb.ch/d-down-load/lohnpolitik.pdf>

Eine Zusammenstellung der Lohnproblematik ist soeben vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB unter dem Titel „12 Probleme der Lohnpolitik in der Schweiz“ veröffentlicht worden. **Daniel Oesch, Serge Gaillard, Roman Graf, Natalie Imboden und Daniel Lampart** skizzieren auf Basis empirischer Daten verschiedene Aspekte der Entwicklung seit 1990.

### Stagnation der Reallöhne

Augenscheinlich ist die Stagnation der Reallöhne (jährliche Nominallohnerhöhungen abzüglich der Jahresteuern), die seit nunmehr seit 15 Jahren alle Branchen der Schweizer Wirtschaft mit Ausnahme des Pharma-, Banken- und Versicherungssektors betrifft. 2005 sind die Reallöhne gemäss dem Bundesamt für Statistik gesamthaft sogar um 0,2% gesunken



[http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/arbeits\\_und\\_e/loehne\\_erwerbseinkommen/blank/m Medienmitteilungen.Document.76544.html](http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/arbeits_und_e/loehne_erwerbseinkommen/blank/m Medienmitteilungen.Document.76544.html)

Für 2006 besteht immerhin Hoffnung auf eine leichte Besserung, zumal die Lohnabschlüsse für 2006 mit 1,5% bis 2% etwas deutlicher über der Teuerung lagen als in den vergangenen Jahren.



<http://www.s-gb.ch/newsletter/texte/03-ea-gav-lohnabschluesse.doc>

Nach all den Jahren der Lohnzurückhaltung und angesichts der äusserst guten Wirtschaftsentwicklung der Jahre 2004, 2005 und nun 2006 gilt es aber für das kommende Jahr endlich eine lohnpolitische Trendwende einzuleiten, die letztlich auch der Binnenmarkt sowie die Sozialversicherungen so dringend benötigen. In diesem Sinne hat der SGB die Lohnkampagne 2006 kürzlich mit dem Motto **Vier Prozent plus** konkretisiert. In den anstehenden Lohnverhandlungen dieses Herbstes werden sich die Forderungen der Einzelgewerkschaften daran orientieren. Vgl. die Stellungnahmen von Unia, Vpod, Comedia und SEV auf der gemeinsamen Pressekonferenz vom 27. Juni sowie den Aufruf zur nationalen Lohndemo am 23.9.2006 in Bern.



<http://www.s-gb.ch/aktuell.htm>

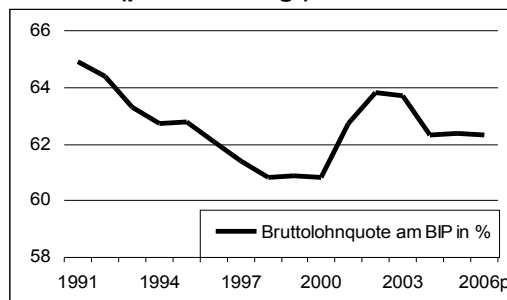
### Relationale Lohnentwicklung: Lohnquote und Verteilungsbilanz

Während die ungünstige Nominal- und Reallohnentwicklung offensichtlich ist, wirft die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Einkommen, die aus Arbeitslöhnen erzielt werden und jenen Einkommen, die aus dem Besitz von Kapital und Vermögen resultieren, einige Fragen auf. Im vergangenen Jahr kritisierten einige Zeitungsartikel das „populistische Vorurteil“, wonach auch in der Schweiz seit einigen Jahren die „Reichen immer reicher und die Arbeitenden immer ärmer“ würden. Man verweist dabei auf Statistiken, wonach die Lohnquote in der Schweiz in den ver-

gangenen 10 Jahren nahezu konstant geblieben ist.

Im Gegensatz zur Nominal- bzw. Reallohnanalyse ermöglicht die Lohnquotenbetrachtung eine Einschätzung der relationalen Lohnentwicklung. Die **Lohnquote** ist definiert als das Verhältnis von Einkommen aus unselbständiger Arbeit zum Volkseinkommen (BIP) und ist ein wichtiger Indikator für die funktionelle Einkommensverteilung, d. h. die Verteilung des Volkseinkommens. Man unterscheidet die **Bruttolohnquote**, die die Einkommen vor Abzug der Steuern und Sozialabgaben betrachtet, von der **Nettolohnquote**, die die Einkommen nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben zugrunde legt. Veränderungen der Lohnquote können zum einen auf Veränderungen der Einkommen, zum anderen aber auch auf die Veränderung der Zahl von Arbeitnehmern und von EmpfängerInnen von Unternehmens- und Vermögenseinkommen zurückgeführt werden. Um den Einfluss der Einkommensänderungen zu isolieren, berechnet man auch eine so genannte **bereinigte Lohnquote**, die angibt, wie sich die Lohnquote entwickelt hätte, wenn die Zahl der EmpfängerInnen der beiden Einkommenskategorien konstant geblieben wäre (vgl. Artikel in wikipedia).

### Entwicklung der Bruttolohnquote in der Schweiz (preisbereinigt)



nach Hans Baumann (2006). Die Werte stimmen nahezu identisch mit den Berechnungen des SGB (s.o.) überein.

### Die Problematik der Lohnquote

Die Aussagekraft der Lohnquote als Indikator für die Entwicklung von Ungleichheiten in der Verteilung des gesamthaft erwirtschafteten Reichtums wird jedoch durch mehrere Umstände vermindert. Erstens gehen in die Einkommen aus abhängiger Arbeit auch Vorstandsgehälter und Managereinkommen ein. Zweitens wird die Zunahme proletarischer (Schein-) Selbstunternehmerexistenzen auf der Seite der Gewinn- und Vermögenseinkommen verbucht. Drittens sagt die Lohnquote nichts über die Verteilung fixer Vermögens- und Sachwerte aus, die erst bei einem Verkauf



<http://de.wikipedia.org/wiki/Lohnquote>



<http://www.denknetz-online.ch//index.php?act=Attach&type=post&id=398>

als jährlicher Zuwachs in den Einkommensstatistiken erscheinen. Viertens ist zu berücksichtigen, dass „die statistische Kategorie Vermögenseinkommen bereits eine saldierte Grösse ist: die unter dieser Rubrik ausgewiesene Zahl entspricht keineswegs der Summe der Zinsen, Dividenden und sonstigen Bezüge, die von den Vermögensbesitzer-Haushalten innerhalb eines Jahres eingenommen werden. Die tatsächliche Summe wird vielmehr vermindert um die gezahlten Zinsen auf Hypotheken, Dispo- und Konsumentenkredite – Zinsen, die überwiegend von einer andern Bevölkerungsgruppe bezahlt werden als von den BezügerInnen von Vermögensbasierten Einkünften. Das statistisch ausgewiesene Vermögenseinkommen muss daher nicht notwendig steigen, wenn die Dividenden besonders üppig fließen; es kann sogar sinken, sofern gleichzeitig die von den weniger verdienenden Haushalten aufgehäuften Schulden und somit auch deren Zinszahlungen wachsen. Letzteres war in den neunziger Jahren vor allem in den USA und Großbritannien, aber auch in Deutschland der Fall, so dass die Vermögenseinkommen durch die saldierten Werte erheblich bescheidender ausgewiesen werden, als sie in Wahrheit waren“ (Sarah Wagenknecht 2004).

Infolge dieser Unstimmigkeiten hat der europäische Gewerkschaftsbund EGB in den letzten Jahren versucht, zusätzlich zur Lohnquote das Konzept der „**Verteilungsbilanz**“ in die Betrachtung der Entwicklung der relativen Einkommenspositionen einzubeziehen. Für die Betrachtung der Verteilungsbilanz ist entscheidend, ob der „neutrale Verteilungsspielraum“ - verstanden als Summe aus (nationaler) Arbeitsproduktivität und (nationaler) Teuerungsrate – in den GAV-Verhandlungen und anderen Lohnverhandlungen ausgeschöpft werden kann. Die diesbezüglichen Berechnungen des Unia-Ökonomen **Hans Baumann** (s.o.) zeigen, dass sich im Vergleichszeitraum 1992 bis 2005 die relative Position der Lohnabhängigen noch schlechter entwickelt hat, als dies die Betrachtung der Lohnquote nahelegt. Die Position gemäss der Verteilungsbilanz (für die Reallöhne wurden die Zahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) verwendet) sank um 3,2%, während die Lohnquote im gleichen Zeitraum „nur“ um 2 Prozent fiel.\*

\*Gemäss der Konjunkturforschungsstelle der ETH, KOF sieht die Entwicklung der Verteilungsbilanz aus Sicht der Lohnabhängigen eigentlich noch schlechter aus, da das KOF seit einiger Zeit von einer wesentlich höheren Arbeitsproduktivität ausgeht als das BFS.

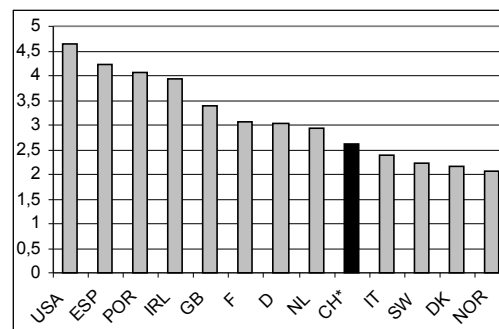
Die Bilanz fällt ebenfalls noch schlechter aus, wenn für die Reallöhne die Statistiken des BFS bzw. der SSUV zugrunde gelegt werden, wofür gemäss Hans Baumann der Umstand spricht, dass hier – anders als bei der VGR – nicht die Managerlöhne und die leistungsabhängigen Lohnbestandteile, wie Boni etc. hinzu gezählt werden. Demnach ist die relative Position der Arbeitnehmenden um 20 Prozent gefallen!

### Einkommensverteilung „innerhalb der Klasse“

Weder die Lohnquote noch die Verteilungsbilanz können per se Umverteilungen innerhalb der Schicht der Lohn- und Gehaltsbezieher abbilden. Wenn etwa die Zahl der Billiglohnjobs bei gleichzeitiger Explosion der Spitzengehälter ansteigt, signalisieren unbereinigte wie bereinigte Lohnquote eine Verteilungskonstanz, obwohl ein solcher Prozess in Wahrheit eine gestärkte Position der Kapitaleseite zum Ausdruck bringt.

Seit den 1970er Jahren ist eine stetige Zunahme der Lohnspreizung in den allermeisten OECD-Ländern festzustellen (vgl. Schulten, Thorsten, a.a.O., S. 200ff.). Zwar ist die Vergleichbarkeit des diesbezüglichen Datenmaterials nur sehr begrenzt gegeben, dennoch können grobe Aussagen getroffen werden.

### Verhältnis Einkommensdezile D9/D1um 2000 in OECD-Ländern



Während die Lohnspreizung in den vergangenen Jahren in den meisten Vergleichsländern weiter stark angewachsen ist (vgl. Schulten 2004) ist dies interessanterweise in der Schweiz nicht der Fall. Den Angaben des SGB zufolge ist der Wert (2,62) zwischen 1998 und 2004 praktisch gleich geblieben und dies obgleich im gleichen Zeitraum die Managerlöhne stark gestiegen sind. Die AutorInnen führen dies u.a. auf die erfolgreiche Mindestlohncampagne zurück, die ab 1998 vom SGB lanciert wurde. Dies ist erfreulich auch wenn

nach Schulten (2004). \*Der Wert für die Schweiz ist dem SGB Dossier 38 (s.o.) entnommen und stellt nur eine vage Vergleichbarkeit her. Die Grafik zeigt, dass im Jahre 2000 das Einkommen an der Schwelle D9 (d.h. 90% der Einkommen liegen unter dieser Schwelle) in den USA ca. 4,6 mal so hoch war wie das Einkommen an der Schwelle D1 (d.h. 10% der Einkommen lagen unter dieser Schwelle).

<http://www.sgb.ch/d-download/35-entwicklung-tief-lohnsektor-sg-d%F6-rg-def.pdf> sowie Oesch; Rieger in: Schulten; Bispinck; Schäfer (Hg.) (2006): Mindestlöhne in Europa, Hamburg

[http://www.rosaluxemburgstiftung.de/cms/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Standpunkte\\_0418.pdf](http://www.rosaluxemburgstiftung.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte_0418.pdf)

Schulten, Thorsten (2004): Solidarisches Lohnpolitik in Europa. Zur politischen Ökonomie der Gewerkschaften, Hamburg, S. 186ff

Jochen Hartwig (2005): Messprobleme bei der Ermittlung des Wachstums der Arbeitsproduktivität, [http://www.kof.ch/pdf/wp\\_100.pdf](http://www.kof.ch/pdf/wp_100.pdf)

\* Eine aktuelle Studie des BFS bestätigt, dass die in den GAV geregelten Mindestlöhne 2005 praktisch stagnierten.



[http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/arbeit\\_und\\_e/organisation\\_arbeitsmarkt/\\_blank/m Medienmitteilungen.-Document.79181.html](http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/arbeit_und_e/organisation_arbeitsmarkt/_blank/m Medienmitteilungen.-Document.79181.html)

Aktuelle Studie zu Europäischen Mindestlöhnen  
[http://www.edsdastatis.de/de/downloads/sif/nk\\_05\\_05.pdf](http://www.edsdastatis.de/de/downloads/sif/nk_05_05.pdf)



<http://www.denknetz-online.ch/index.php?showtopic=329>



[http://www.sgb.ch/d-download/06-40d-ni-Ganzer Lohn für ganze Arbeit - Lohngleichheit jetzt.pdf](http://www.sgb.ch/d-download/06-40d-ni-Ganzer%20Lohn%20f%C3%BCr%20ganze%20Arbeit%20-%20Lohn%20gleichheit%20jetzt.pdf)



[http://www.sgb.ch/d-download/SGB-Lohngleichheit-D.pdf](http://www.sgb.ch/d-download/SGB-Lohn%20gleichheit-D.pdf)

Die AutorInnen indes kein Grund zur Entwarnung sehen. Zum einen gilt zu beachten, dass ein Mindestlohn von 3000 Franken brutto für eine Vollzeitstelle schlicht und einfach zu gering ist, weshalb eine Anpassung auf 3500 Franken gefordert wird.\*

Zum andern zeigt eine differenzierte Betrachtung der Lohnstrukturentwicklung eine Reihe von wachsenden Problembeständen:

- Die Individualisierung der in GAV vereinbarten Lohnerhöhung nimmt zu.
- Die Löhne im öffentlichen Sektor stagnieren
- Die hartnäckige Persistenz der Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern, die mit zunehmendem Alter besonders hoch ist.

Gerade diese „**geschlechtsspezifische Lohnungleichheit**“ stellt einen zentralen Aspekt der Einkommensverteilung „in der Klasse“ dar. (vgl. Denknetz-Infobrief 3 mit dem Schwerpunkt „Arbeit und Gender“).

In der Schweiz geht die Mobilisierung für Lohngleichheit weiter. So fand am 14. Juni unter dem Motto „Power Play für Fair Pay“ ein landesweiter Aktionstag statt. Der SGB hat zwei neue Dossiers veröffentlicht: „Ganzer Lohn für ganze Arbeit – Lohngleichheit jetzt“ dokumentiert die Beschlüsse und Referate des 10. Frauenkongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes vom November vergangenen Jahres.

Unter dem Titel „Nichts ändert sich von selbst“ finden sich Portraits und Interviews von und mit Frauen, die in den vergangenen Jahren erfolgreich „vor Ort“ gegen Lohndiskriminierungen gekämpft haben.

### 3. Theoretisches zur Lohnform

Sinkende Reallöhne, die Hartnäckigkeit geschlechtsspezifischer Lohnungleichheiten und die Ausbreitung des Niedriglohnssektors zeugen von Kräfteverhältnissen, die kaum eine andere Wahl lassen, als einen mühevollen Verteidigungskampf um Lohnprozente zu führen. Gerade deshalb sollte immer mal wieder etwas Raum geschaffen werden, um die Lohnproblematik grundlegend zu diskutieren. Im folgenden sollen zum einen anhand der Marx'schen Theorie und zum anderen anhand neuerer industriesoziologischer Debatten mögliche Denkbezüge in Ansätzen vorgestellt werden.

Für Marx stellt der Kampf um Lohn einen „unvermeidlichen Kleinkrieg“ dar, der grosse Auswirkungen auf die physischen und psychischen Existenzbedingungen der Lohnabhängigen habe.\*

„Gleichzeitig“ müsse sich jedoch stets vergegenwärtigt werden, „daß sie (die Arbeiterklasse, H.S) gegen Wirkungen kämpft, nicht jedoch gegen die Ursache dieser Wirkungen“ (ebd.). Was ist damit gemeint?

#### Die Lohnmystifikation bei Marx

Im Rahmen seiner Kritik der politischen Ökonomie entschlüsselt Marx die Lohnform als Erscheinungsweise des darin enthaltenen, grundlegenden Klassenverhältnisses. In einem umfassenden Sinne ist das Klassenverhältnis durch eine Paradoxie charakterisiert: Einerseits vollzieht sich die Produktion des Reichtums in einem gesellschaftlichen Zusammenhang, d.h. sie ist auf vielfache, oftmals aber unsichtbare Weise arbeitsteilig organisiert. Andererseits folgt die Verteilung dieses gesellschaftlichen Reichtums weitestgehend individualisiert. Möglich wird dies durch das Privateigentum, das ihrem Besitzer erlaubt, Menschen für „Arbeit“ in Form des „Lohns“ zu bezahlen und die Früchte dieser Arbeit einbehalten zu können. Die Institutionalisierung dieses Vorgangs im Alltags Handeln und in der Alltagswahrnehmung verschleiert Marx zu Folge nun deshalb das Klassen- und Produktionsverhältnis, insofern der Konflikt „nur“ noch als Auseinandersetzung um die Höhe des Lohns wahrgenommen wird. Wie ist das gemeint?

Marx unterscheidet zwischen Arbeit und Arbeitskraft, und diese Unterscheidung wird die durch die Lohnform verdeckt. Der Lohn gilt gemeinhin als Preis (Wert) der Arbeit obgleich dieser Preis in Wahrheit nur der Preis (Wert) der Arbeitskraft ist. Der Preis (Wert) der Arbeitskraft ist durch die zu ihrer Reproduktion notwendigen Arbeitszeit bestimmt,\*\* während der Wert der Arbeit sich

\* Entgegen der häufig vertretenen Meinung, Marx' Ideologiekritik hätte eine Ablehnung realpolitischer Interventionen nahegelegt argumentierte er wie folgt: „Da nun die Tendenz der Dinge in diesem System solcher Natur ist, besagt das etwa, daß die Arbeiterklasse auf ihren Widerstand gegen die Gewalttaten des Kapitals verzichten und ihre Versuche aufgeben soll, die gelegentlichen Chancen zur vorübergehenden Besserung ihrer Lage auf die bestmögliche Weise auszunutzen? Täte sie das, sie würde degradiert zu einer unterschiedslosen Masse ruiniertes armer Teufel, denen keine Erlösung mehr hilft. (...) Würden sie in ihren täglichen Zusammenstößen mit dem Kapital feige nachgeben, sie würden sich unweigerlich der Fähigkeit berauben, irgendeine umfassendere Bewegung ins Werk zu setzen“ (MEW 16, S. 151f).

\*\* Im „Kapital“ definierte Marx die Reproduktion der Arbeitskraft nicht mehr wie in früheren Schriften nur anhand des physischen Existenzminimums, sondern anhand eines historischen, moralisch und kulturell bedingten Existenzminimums (MEW 23, S. 185).

zusätzlich aus der unbezahlten Mehrarbeit ergibt.\*

Der Lohn kann zwar als zu niedrig betrachtet werden, grundsätzlich legt die Lohnform jedoch eine Täuschung nahe, wie er an einem Modell verdeutlicht: Angenommen wird ein Arbeiter, der 12 Stunden beschäftigt wird und 3 Shilling bekommt. Diese Summe ist „eigentlich“ der Wert der Arbeitskraft, den der Arbeitgeber zu zahlen hat, um die Reproduktion des Arbeiters bzw. seiner Arbeitskraft zu sichern. Da die Arbeitszeit, die „eigentlich“ notwendig ist, um diesen Wert zu erarbeiten aber nur 6 Stunden beträgt, arbeitet der Arbeiter also weitere 6 Stunden unbezahlt. Durch den Lohnbegriff – verstanden als Lohn für Arbeit oder „Wert der Arbeit“ - erscheint nun aber „alle Arbeit als bezahlte Arbeit“, also auch die 6 Zusatzstunden: „Die Form des Arbeitslohns löscht also jede Spur der Teilung des Arbeitstags in notwendige Arbeit und Mehrarbeit, in bezahlte und unbezahlte Arbeit aus“ (MEW 23, S. 562). Man mag dies als Spitzfindigkeit abtun – schliesslich ist es egal, wie die Aneignung der Mehrarbeit bzw. des Mehrprodukts wahrgenommen wird. Marx war jedoch der Auffassung, dass wenn alle Arbeit als bezahlt betrachtet wird, das Problem „lediglich“ als eines der guten oder schlechten Bezahlung verhandelt würde und damit die Form der Produktion aus dem Blick gerate. „Auf dieser Erscheinungsform, die das wirkliche Verhältnis unsichtbar macht und gerade sein Gegenteil zeigt, beruhen alle Rechtsvorstellungen des Arbeiters wie des Kapitalisten, alle Mystifikationen der kapitalistischen Produktionsweise, alle ihre Freiheitsillusionen, alle apologetischen Flausen der Vulgärökonomie“ (ebd.). Dies ist der Hintergrund Grund der Marxschen Polemik gegen die Programmatik vom „gerechten Lohn“, die letztlich die Lohnform sanktioniere und damit „eine politische Generalisierung der Warenlogik“ bedeute, so die Interpretation des Sozialhistorikers van der Linden (1998, S. 201).

\* Diese Marxsche Entdeckung kann als Weiterentwicklung der inkonsistenten Arbeitmengentheorie von Smith und Ricardo interpretiert werden (vgl. Bontrup; Springob 2002, S. 36), die lange Zeit Eingang in die Volkswirtschaftslehre fand, bevor die Neoklassik ihr den Garaus machen sollte (vgl. Brentel 1989, S. 19f.). Noch 1848 schrieb John Stuart Mill: „Der Grund des Profits ist, daß die Arbeit mehr produziert als zu ihrem Unterhalt erforderlich ist“ (zit. n. Bontrup; Springob 2002, S. 38). Diese Sichtweise wurde dann aber zunehmend durch jene Behauptung verdrängt, auch die Produktionsfaktoren Boden und Kapital seien Produktivkräfte, gegen die Marx im berühmten Kapitel zur „trinitarischen Formel“ so trefflich spottete (MEW 25, S. 838).

### Das Problem der Mess- und Zurechenbarkeit der Arbeitsproduktivität

Die Marxsche Dechiffrierung der Produktivität des Kapitals als Erscheinungsform der Produktivität vergangener Arbeit ist sicherlich ebenso hilfreich wie die Kritik jener Anschauungen, welche die Lohnform nahelegen kann. Doch mit der Festlegung auf die Lohnarbeit als dem Ort der Wertschöpfung fangen im Grunde die grossen theoretischen, letztlich vor allem aber praktisch-politischen Probleme überhaupt erst an: Wie lässt sich der Anteil einer Arbeitseinheit an der Wertschöpfung überhaupt messen? Marx beschränkte sich bei seiner Analyse wie fast alle anderen ÖkonomenInnen auf die bezahlte Lohnarbeit und verzichte damit darauf, die stummen Voraussetzungen mit einzurechnen, ohne die jedwede Lohnarbeitseinheit gar nicht erst stattfinden könnte. Dies betrifft in erster Linie den gesamten Bereich unbezahlter Haus- und Reproduktionsarbeiten (vgl. Denknetz-Infobrief 3). Zwar geht die Reproduktion der Arbeitskraft von Frauen, die diese Arbeiten formal unentgeltlich verrichten (sollen), indirekt auch in den gesellschaftlichen Aushandlungsprozess ein, der letztlich die Lohnhöhe bestimmt. Indem die Reproduktionsarbeit aber nur über diesen Umweg entlohnt wird, kommt es unweigerlich immer wieder dazu, dass sie „umsonst“ verrichtet wird.\* Ebenso unberücksichtigt bleibt bei einem ausschliesslichen Blick auf die bezahlte Lohnarbeit auch die zumeist kostenlose (Ver-)Nutzung ökologischer Ressourcen (siehe **Serge Latouche** 2003).

Doch auch unabhängig von dieser anzumahnenden ganzheitlichen Sicht auf Wertschöpfung wirft die Berechnung des Anteils einzelner Lohnarbeitseinheiten an der Wertschöpfung erhebliche Probleme auf. Für die Industriosozilogie stellt dies ein klassisches Untersuchungs- und Problemfeld dar (vgl. Deutschmann 2002). Mit dem Begriff der **gesellschaftlichen Arbeit** hatte bereits Marx darauf hingewiesen, dass sich Arbeitseinheiten zwar formal von einander abgrenzen lassen und entsprechend individualisiert als „voneinander unabhängige Privatarbeiten“ erscheinen (MEW 23, S. 87f), dass sich ihre Produktivität jedoch gerade aus ihrem unsichtbaren Zusammenspiel ergibt. In den „Grundrissen“ sprach er mit Blick auf die ungeheuerliche Entwickl-

\* Heute verflüchtigt sich diese indirekte Bezahlung allein schon aufgrund des kulturellen und ökonomischen Wandels: Der Lohn für viele Vollzeitstellen kann und soll auch kaum mehr als Familienlohn bezeichnet werden.



<http://www.monde-diplomatique.de/pm/2003/11/14/a0021.txt.name>



[http://www.un-et.univie.ac.at/~a9709070/grundrisse/14/14franz\\_naetar.htm](http://www.un-et.univie.ac.at/~a9709070/grundrisse/14/14franz_naetar.htm)

ung der Produktivkräfte und der Arbeitsteilung sowie des wachsenden Inputs der Arbeit früherer Generationen vom „allgemeinen gesellschaftlichen Wissen“, vom „**general intellect**“ (MEW 42, S. 594). In aktuellen Debatten zur Krise des Kapitalismus ist in diesem Zusammenhang vielfach von der Krise des Marxschen Wertgesetzes die Rede. Marx selbst habe bereits das „Ende“ seines eigenen „Wertgesetzes“ prognostiziert, zumindest in der Hinsicht, dass das Mass des Reichtums nicht mehr die geleistete Arbeitszeit sein könne (ebd., S. 593, vgl. Corsani 2004 sowie Naetar 2005). Marx schreibt: „Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muß aufhören die Arbeitszeit sein Maß zu sein ...“ (ebd. 593). Anders als es die prominente These vom Übergang der Arbeitsgesellschaft in eine Wissensgesellschaft bei Theoretikern wie Nico Stehr oder Manuel Castells nahelegt, bleibt in der Marxschen Lesart Arbeit weiterhin die Quelle der Wertschöpfung. Entscheidend ist jedoch die Aussage, dass sie es nicht mehr „in unmittelbarer Form“ ist.

Theoretisch müsste diese Interpretation einen völlig neuen Begriff des Lohns nach sich ziehen, wie dies Jürgen Habermas bereits 1968 andeutete: „Das Maß des gesellschaftlichen Reichtums, den ein industriell entfalteter Kapitalismus hervorbringt, und die technischen wie organisatorischen Bedingungen, unter denen dieser Reichtum produziert wird, machen es immer schwieriger, die Statuszuweisung auch nur subjektiv überzeugend an den Mechanismus der Bewertung individueller Leistung zu binden“ (1968, S. 103). Toni Negri und Michael Hardt leiten aus der nicht mehr lokalisier- und zurechenbaren gesellschaftlichen Produktivität nichts weniger als den „sozialen Lohn für alle“ ab. (Hardt; Negri 2002, S. 409).

Ausgehend vom Begriff der **Biopolitik** bei Foucault heisst es in der englischsprachigen Ausgabe auf S. 401f.:

"As labor moves outside the factory walls, it is increasingly difficult to maintain the fiction of any measure of the working day and thus separate the time of production from the time of reproduction, or work time from leisure time. There are no time clocks to punch on the terrain of biopolitical production; the proletariat produces in all its generality everywhere all day long. This generality of biopolitical production makes clear a second programmatic demand of the multitude: *a social wage and a guaranteed income for all.*"

### Solidarische Lohnpolitik

In realpolitischer Hinsicht ist eine solch grundlegende Betrachtung des Lohns vielfach sicherlich kontraproduktiv. Angesichts der weiter steigenden Arbeitsproduktivität wäre es töricht, nicht wenigstens für die statistisch erfassbaren Lohnarbeits-einheiten das Optimum an Lohnzuwächsen herauszuholen.

Auf der anderen Seite bietet gerade die zunehmende Individualisierung und Verbetrieblichung der Lohnfindungsprozesse (siehe SGB Dossier 38, s.o) einen möglichen Ansatzpunkt, auch in den realpolitischen Auseinandersetzungen auf den theoretischen wie praktischen Zusammenhang kooperativer gesellschaftlicher Arbeit zu beharren, wie es das in die Defensive geratene gewerkschaftliche Konzept der „solidarischen Lohnpolitik“ ansatzweise projiziert hatte (vgl. Schulden 2004, S. 134-163). Dieses auch als **Rehn-Meidner-Modell** bekannte Konzept „akzeptiert nicht den Profit als Kern der Lohnbildung, sondern stellt ihre eigenen Normen auf, die mehr der Art und dem Charakter der Arbeit entsprechen. Qualifikation, Verantwortung, Vielseitigkeit, geistige und körperliche Beanspruchung, Arbeitsumwelt sollen hierbei für die Lohnfindung entscheidend sein, nicht aber der Umstand, ob man in einem mehr oder weniger ertragreichen Betrieb arbeitet“ (Meidner, zitiert nach Schulden 2004, S. 158). Eine solidarische Lohnpolitik umfasst demnach die Mikro- (Betrieb), Meso (Branche) und zu guter letzt die Makroebene (Gesamtwirtschaft bzw. Gesellschaft), wobei ihre Realisierung selbstredend mit jeder Stufe schwieriger wird. Für die gewerkschaftliche Handlungsebene ergeben sich Schulden zufolge drei Anforderungen: „Erstens dürfen die periodischen Lohnerhöhungen (...) sich nicht nach der jeweiligen betrieblichen Wirtschaftslage richten (...). Zweitens müssen zur Durchsetzung einer egalitären Lohnstruktur die Beschäftigten in den Niedriglohnbereichen regelmäßig überdurchschnittlich hohe Lohnsteigerungen erhalten“ (ebd., S. 159) und drittens erfordert eine solidarische Lohnpolitik die Existenz eines sektoralen bzw. gar sektorübergreifenden Systems von Flächen- bzw. Gesamtarbeitsverträgen, das eine überbetriebliche Koordinierung der Lohnentwicklung erlaubt.

### Literatur zu Abschnitt 3:

**Bontrup, Heinz-J.; Springob, Kai** (2002): Gewinn- und Kapitalbeteiligung, Wiesbaden

**Brentel, Helmut** (1989): Soziale Form und ökonomisches Subjekt. Studien zum Gegenstands- und Methodenverständnis der Kritik der politischen Ökonomie, Opladen

Hardt Negri lösten mit ihren Thesen aus „Empire“ weltweit heftige Debatten in der Linken aus. Eine exemplarische Kritik liefert Joachim Bischoff



<http://www.links-net.de/artikel.php?id=1426>



<http://www.thomaslemkeweb.de/publikationen/Biopolitik%20im%20Empire.pdf>

**Corsani, Antonella** (2004): Wissen und Arbeit im kognitiven Kapitalismus. Die Sackgassen der politischen Ökonomie, in: Atzert, Tomas; Müller, Jost (Hg.): Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität. Analysen und Diskussionen zu Empire, Münster, S. 156-174

**Deutschmann, Christoph** (2002): Postindustrielle Industriesoziologie: Theoretische Grundlagen, Arbeitsverhältnisse und soziale Identitäten, Weinheim

**Habermas, Jürgen** (1968): Technik und Wissenschaft als „Ideologie“, Frankfurt/M.

**Hardt, Michael; Negri, Antonio** (2000): Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt/M.; New York

**Linden, Marcel van der** (1998): Zur historischen Grenze des Arbeiterwiderstandes: Moishe Postone, ‚Krisis‘ und die „Warenlogik“, in: Geisen, Thomas; Kraus, Karin; Ziegelmayer, Veronika (Hg.): Zukunft ohne Arbeit? Beiträge zur Krise der Arbeitsgesellschaft, Frankfurt/M. 1998, 191-206

**Marx, Karl** (1953): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf), MEW 42, Berlin

**Marx, Karl** (1960): Lohn, Preis, Profit, in: Marx, Karl; Engels, Friedrich: MEW, Bd. 16, S. 151f, [http://www.mlwerke.de/me/me16/me16\\_101.htm](http://www.mlwerke.de/me/me16/me16_101.htm)

**Marx, Karl** (1978): Das Kapital, Bd.3, MEW 25, Berlin

**Marx, Karl** (1993): Das Kapital, Bd.1, MEW 23, Berlin

**Schulten, Thorsten** (2004): Solidarische Lohnpolitik in Europa. Zur politischen Ökonomie der Gewerkschaften, Hamburg

## 4. Denkipulse

### Flankierende Massnahmen

Kürzlich hat das **Staatssekretariat für Wirtschaft, Seco** einen Bericht zur Umsetzung der flankierenden Massnahmen in der Zeitspanne von 1.6.2006 bis zum 31.12. 2005 sowie detailliert für das Jahr 2005 vorgestellt.

Die Entwicklung der Zuwanderung im Rahmen der Personenfreizügigkeit sei demnach 2005 „wie erwartet und gemäss den Bedürfnissen der Wirtschaft verlaufen“. Bei der überwiegenden Mehrheit der geprüften Arbeitsverhältnisse seien die in der Schweiz üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen eingehalten worden. Insgesamt sei die Zunahme der Zuwanderung in die Schweiz seit Einführung des Freizügigkeitsabkommens kontinuierlich geringer geworden (von 3.6% 2002 auf 2.8 % 2005). Gleichzeitig habe eine Verlagerung der Zuwanderung zugunsten einer verstärkten Zuwanderung aus den EU-Staaten stattgefunden, wie dies durch die Migrationspolitik des Bundes und das bilaterale Freizügigkeitsabkommen auch beabsichtigt war.

**Serge Gaillard** vom SGB betont hierzu, dass in der Tat von einer "Einwanderungsflut" keine Rede sein könne. Die Konzentration der Kurzaufenthalter auf die Temporärfirmen und die Bauwirtschaft zeige jedoch, dass es richtig war, die flankierenden Massnahmen zu verschärfen.

Demgegenüber poltert der Direktor des Verbandes der Personaldienstleister der Schweiz, Swisstaffing (vormals vpds), Georg Staub in der NZZ vom 21.6.2006,

die Verleihfirmen, vor allem aber die Beschäftigten litten unter den flankierenden Massnahmen. Anders als Beschäftigte etwa in der Landwirtschaft hätten „Temporärarbeiter keine Lobby“, so Straub, der offenbar schon vergessen hat, dass sein Verband im vergangenen Jahr mutwillig die Verhandlungen mit der Gewerkschaft Unia über einen erstmaligen GAV für die gesamte Verleihbranche hat platzen lassen. Interessant sind jedenfalls die Zahlen zur Entwicklung der Branche, wie sie in besagtem Artikel präsentiert werden. Demnach nahm der Anteil der Temporärarbeitenden an den Erwerbstätigen von 1,7% im Jahre 1993 auf 4,9% im Jahre 2005 zu. In absoluten Zahlen: Von ca. 90 000 auf nunmehr 250 000, Tendenz steigend.

### Geschlechtsspezifische Teilung der Reproduktionsarbeit

Wie teilen sich Schweizer Paare die Hausarbeit auf? Hierzu hat **Silvia Strub** vom Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS, in der Ausgabe 2/2006 der Zeitschrift für die Praxis des Familienrechts, Fampra, eine interessante Studie veröffentlicht. Zusammenfassend heisst es hierin: „Trotz tief greifenden Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft ist die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern in der Schweiz noch immer vorherrschend. Es gibt aber auch Ausnahmen. Männer beteiligen sich dann substantiell an der Haus- und Familienarbeit, wenn die Frau ein grösseres Erwerbsspensum hat als ihr Partner. Nebst der Wahl des Erwerbsmodells, anderen zeitlichen Faktoren und der Familiensituation spielen individuelle Faktoren wie auch kulturelle und regionale Unterschiede eine Rolle. Die Beteiligung des Mannes ist tendenziell grösser bei Paaren, die von den gesellschaftlichen Normvorstellungen abweichen (bei Konsensualpaaren, bei Paaren ohne Religionszugehörigkeit, bei binationalen Paaren mit unterschiedlicher Herkunft) und in städtischen Gebieten.“

### SP Wirtschaftskonzept

Die sozialdemokratische Partei hat soeben ein neues Wirtschaftskonzept vorgelegt. Auf 185 Seiten ist zu lesen, wie sozialdemokratische Wirtschaftspolitik in den der nächsten zehn Jahre aussehen kann und soll. **Oliver Fahrni** kritisiert es in der WOZ als ein leidlich uninspiriertes und uninspirierendes Modernisierungsprogramm, das versuche, die Menschen fit zu machen



<http://www.fampra.ch/index.cfm>



[http://al.sp-ps.ch/data/DIV/Medienkonferenzen/060410\\_Wirtschaftskonzept/2006-04-10\\_Wirtschaftskonzept\\_d.pdf](http://al.sp-ps.ch/data/DIV/Medienkonferenzen/060410_Wirtschaftskonzept/2006-04-10_Wirtschaftskonzept_d.pdf)



<http://www.woz.ch/artikel/archiv/13544.html>



<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/news/medienmitteilungen.Document.78776.html>



<http://www.seco.admin.ch/imperia/md/content/news/medienmitteilungen/berichtfaminternetneu.pdf>



<http://www.sgb.ch/newsletter-texte/02-sg-personenfreizuegigkeit.doc>

für den Kapitalismus. (Vgl. auch die „interne“ Kritik von Sylvia Strub und Heidi Stutz aus gender-ökonomischer Perspektive, siehe Denknetz-Infobrief 3)

### Sommerlektüretips:



[http://www.wildcat.de/dossiers/forcesoflabor/forcesoflabor/forcesoflabor/forcesoflabor\\_dossier.htm](http://www.wildcat.de/dossiers/forcesoflabor/forcesoflabor/forcesoflabor/forcesoflabor_dossier.htm)

**Beverly Silver (2005):** Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870, Hamburg/Berlin, 284 S., 18 Euro, erschienen bei Assoziation A  
"Wo immer das Kapital hinget, geht auch der Konflikt hin." So fasst die US-amerikanische Soziologin Beverly Silver eine der Kernthesen ihres neuen Buches zusammen. "Forces of Labor" wendet sich damit ganz entschieden gegen alle Gerüchte von einem Ende der ArbeiterInnenbewegung.



[http://www.wildcat.de/dossiers/operaismus/operaismus/operaismus/operaismus\\_dossier.htm](http://www.wildcat.de/dossiers/operaismus/operaismus/operaismus/operaismus_dossier.htm)

**Steve Wright (2005):** Den Himmel stürmen, Hamburg/Berlin, 280 Seiten, 18,00 €, erschienen bei Assoziation A  
Erstmalig liegt nun eine Theoriegeschichte des Operaismus vor, dessen theoretische und praktische Interventionen in den siebziger und achtziger Jahren Italiens zu den inspirierendsten Kapiteln der Geschichte des Klassenkampfes gehört.

### 5. Termine zum Vormerken



<http://www.schweiz.attac.org/IMG/pdf/Sommerak06.pdf>

Freitag bis Sonntag, 1 - 3. September 2006  
**ATTAC Sommerakademie** in Biel

Freitag, 15. September  
**Fachtagung der Aktionsgemeinschaft für den Service public, Bern.**  
Zur wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Bedeutung des öffentlichen Dienstes.



[http://www.sgb.ch/d-download/060627\\_Aufruf\\_Demo.pdf](http://www.sgb.ch/d-download/060627_Aufruf_Demo.pdf)

Samstag, 23.9.2006  
**Nationale Lohndemo in Bern**